

## **DRINGLICHKEITSANTRÄGE**

### **1) Initiative „Pro-Fernwärme bzw. Pro-Erdgas“: Eigentümer wollen an die Energie-Graz für Region beiderseits der Triester Straße**

GR. **Herper** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. **Herper**: Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich mache es kurz und bündig. Er deckt sich, mein dringliche Antrag, mit einem Antrag, der vorgestern im Bezirksrat von Graz Puntigam von allen beschlossen wurde. Es geht darum, in Bezugnahme auf das KEK 2020 auch, wo wir gemeinsam beschlossen haben und uns einig sind, dass der Ausbau der Fernwärme und der Solarenergie und der umweltfreundlichen Energieressourcen favorisiert und besonders auch in den nächsten Jahren umzusetzen ist, geht es darum um das Anliegen, beiderseits der Triester Straße in Puntigam beginnend von der Stadtgrenze im Süden bis nach Norden zu den Gebäuden in der Triester Siedlung westlich durch die HL-Bahnstrecke und östlich durch die Puchstraße beziehungsweise südlich anschließend bis zur Rudersdorfer Straße die Verfügbarkeit von Fernwärme und Erdgas zu ermöglichen.

Deswegen der

### **dringlichen Antrag,**

das Ersuchen des Gemeinderates an Bürgermeister Siegfried Nagl, Bürgermeister-Stellvertreterin und Umweltreferentin Lisa Rücker und Stadtrat Univ.-Doz. Dipl.-Ing. Gerhard Rüscher als Eigentümerversorger, Gespräche zu führen, ob die BewohnerInnen beiderseits, wie von mir angeführt, möglichst rasch und flächendeckend mit Fernwärme und Erdgas versorgt werden können. Danke (*Applaus SPÖ*).

Bgm.-Stv.<sup>in</sup> **Rücker** zur Dringlichkeit: Zu dem dringlichen Antrag möchte ich doch ein paar Anmerkungen machen, auch wenn ich mich Gesprächen gegenüber natürlich nicht verwehre. Ich möchte nur trotzdem daran erinnern, dass wir im Juli 2011 hier herinnen nach langen Vorarbeiten zwischen EGG und A 14 und Abteilung 23, dem Umweltamt, einen sehr genauen und detaillierten Ausbauplan beschlossen haben, der auch hier vorgelegt wurde, wo ganz genau sichtbar war, nach welcher Vorgangsweise, nach welchem Zeitplan wie die Umsetzung erfolgt, das heißt, es gibt hier einen beschlossenen Ausbauplan, der sehr stringent und sehr intensiv verfolgt wird und ich tue mir prinzipiell schwer, dann solche Dinge über den Haufen zu werfen. Zumal gesagt werden muss, dass im nördlichen Bereich der Triester Straße sehr wohl Leitungen schon bestehen und in Bereichen, wo diese Siedlung ganz dünn ist beziehungsweise noch nicht gegeben ist, derzeit natürlich das nicht forciert betrieben wird, weil wir hier beschlossen haben, ganz intensiv das zu betreiben, wo die dichtesten Wohngebiet zu versorgen sind. Weil es ist nicht nur das Effizienteste, sondern natürlich auch das Nachhaltigste in der Wirkung des Fernwärmeanschlusses. Aber wie gesagt, wir werden dem zustimmen, weil die Gespräche kann man führen, aber generell möchte ich schon daran erinnern, dass der Gemeinderat sich manchmal auch erinnern sollte, was er da herinnen einstimmig beschließt und sich auch die eigenen Vorgaben manchmal anschauen soll, bevor man solche dringlichen Anträge kurz vor einem Wahltermin stellt (*Applaus Grüne*).

GR. Dipl.-Ing. **Linhart**: Sehr geehrte Damen und Herren! Wir von der ÖVP stimmen diesem Antrag gerne zu, aus dem einfachen Grund, weil erstens die Diskussion dann nicht mehr so lange dauert, zweitens können wir uns den Worten der Frau Vizebürgermeisterin sehr gut anschließen und drittens, ja, ich sehe in dem Antrag eigentlich nur den Versuch, offene Türen einzurennen. Wir werden uns also sowohl in der Dringlichkeit als auch im Inhalt anschließen (*Applaus ÖVP und KPÖ*).

GR. **Herper**: Nachdem ich durch Türen durchgehen kann, freue ich mich, dass diese Türen geöffnet worden sind. Danke (*Applaus SPÖ*).

***Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.***

GR.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> **Pavlovec-Meixner** zum Antrag: Sehr geehrter Herr Bürgermeister! In aller Kürze möchte ich die Gelegenheit nutzen, da es hier um das Thema Fernwärme geht, mich zu erkundigen nach dem Bericht, den wir in der letzten Gemeinderatssitzung beschlossen haben, nämlich zum Thema Sappi und vielleicht können Sie uns zumindest mitteilen, warum dieser Bericht zum Thema Fernwärmeverhandlungen mit Sappi-Ergebnis heute nicht erfolgt.

Bgm. Mag. **Nagl**: Ich kann den Bericht ganz gerne geben. Sie wissen, dass es jetzt sehr lange gedauert hat, bis ein LOI unterfertigt werden konnte. Dieser Letter of intent konnte unterfertigt werden durch unser Landesversorgungsunternehmen Estag und durch die Energie Graz, also sprich über unsere gemeinsame Tochter, die wir haben, also auch die Holding hat unterfertigt und dem Unternehmen Sappi. Wie Sie wissen, verbraucht das Unternehmen Sappi zur Produktion von Papier sehr, sehr viel Energie, es fällt dabei sehr viel Wärme an und diese Wärme können sie uns liefern. Wir haben dadurch größere Versorgungssicherheit in Graz, weil wir dann nicht nur mehr eine Leitung von Süden haben, sondern auch vom Norden noch eine zweite Versorgungsleitung. Die Kosten für dieses Projekt werden in etwa 20 Millionen Euro betragen für den Leitungsausbau von Sappi über Gratkorn, über den GAK-Platz herunter. Die Grundstücke sind zu einem sehr, sehr großen Teil im Eigentum der Energieunternehmungen. Anrainerprobleme, denke ich mir, kann es nicht allzu viele

geben, aber das muss man sich auch erst anschauen, und man hat sich jetzt, diese 20 Millionen sind nur der Leitungsbau, in etwa 10 Millionen Euro braucht man dann auch noch für die Verteilerstation, also es geht um rund 30 Millionen Euro Investment und jetzt haben diese Unternehmen in den nächsten drei Monaten Zeit, sich endgültig über die ökonomischen Entscheidungen, also diese auszuverhandeln. Worum geht es? Wer wird welche Investitionskosten tragen, wie wird das aufgeteilt? Wer wird welches Risiko tragen? Ist die Ausfallsicherheit auf alle Fälle gegeben, das ist auch noch einmal zu überprüfen und letzten Endes geht es dann darum, bevor wir investieren und bevor wir bauen oder unsere Unternehmungen bauen, welchen Einkaufspreis bekommen wir von Sappi über welchen Zeitraum und das wird jetzt ausverhandelt. Die Unternehmungen haben während der Verhandlungszeit Stillschweigen vereinbart und das ist eigentlich momentan alles, was man berichten kann. Schön ist nur, dass jetzt alle Partner an Bord sind, wir wollten das ja ursprünglich selbst auch machen. Energie Steiermark, wenn ich so sagen darf, hat natürlich ein Interesse daran, zumindest mit dabei zu sein, sie liefern uns ja aus dem Süden die Verbundwärme und verdienen damit, jetzt haben wir einen Schulterschluss aller Unternehmungen und es werden sicher harte Verhandlungen werden. Die Damen und Herren, vor allem die Herren von Sappi, können gut rechnen, aber jetzt geht es eben darum, wer trägt welches Risiko, wer investiert wie viel und zu welchen Preisen nehmen wir dann künftig ab. Aber das wird dem neuen Gemeinderat dann vorgelegt werden.

*Der Antrag wurde einstimmig angenommen.*

## **2) Analoge Anrechnung der Vordienstzeiten: freiwilliges Sozialjahr - Zivildienst**

GR.<sup>in</sup> **Haas-Wippel** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR.<sup>in</sup> **Haas-Wippel**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich mache es auch kurz. In meinem dringlichen Antrag geht es darum, dass die Vordienstzeiten von jungen Menschen, die das freiwillige soziale Jahr geleistet haben, genauso Anerkennung finden wie die Zivildienner, weil die Arbeit ja auch vergleichbar ist. Die jungen Menschen, jungen Frauen und Männer, sind auch in Kinderbetreuungseinrichtungen tätig, ebenso in Pflegeeinrichtungen, in der Behindertenbegleitung, in der Flüchtlingsarbeit usw. Und auch die Allgemeinheit profitiert davon, weil die persönliche soziale Verantwortung gestärkt wird ebenso wie das Solidaritätsbewusstsein. Und wichtig ist natürlich auch, dass die Stadt mit dem Land da in Verhandlung tritt, dass diese Vordienstzeiten entsprechend gewährt werden.

Deshalb stelle ich namens der SPÖ-Gemeinderatsfraktion folgenden

### **dringlichen Antrag:**

Die zuständigen Stellen werden im Sinne einer Gleichbehandlung aufgefordert zu prüfen, welche Schritte zu setzen sind, damit jungen Menschen, die als MitarbeiterInnen in den Dienst der Stadt Graz eintreten, beziehungsweise eingetreten sind und davor ein freiwilliges Soziales Jahr geleistet haben, dieses ebenso gänzlich als Vordienstzeit angerechnet bekommen wie dies bei den Zivildienstleistenden bereits der Fall ist. Ich ersuche um Ihre Annahme (*Applaus SPÖ*).

GR. Mag. **Korschelt**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister Mag. Nagl, um ganz förmlich zu sein, liebe Kollegen im Gemeinderat! Wir werden der Dringlichkeit nicht zustimmen, weil wie wir es erlebt haben vor einer halben Stunde oder vor einer Stunde, auch wir glauben, dass es ja am 20. Jänner zu einer doch hoffentlich aus unserer Sicht positiven Beschlussfassung des österreichischen Volkes kommt und

dass eben hier die Dringlichkeit nicht gegeben ist, weil wenn hier der Wehrdienst weiter bestehen bleibt, dann ist ja auch die Einführung oder die Weiterführung des sozialen Jahres nicht unbedingt notwendig. Zudem glauben wir, dass hier die Dringlichkeit einmal nicht gegeben ist, dass man auch hier warten kann, wie die Abstimmung am 20. Jänner geht und zum Inhalt erlaube ich mir anzumerken, dass dieses Sozialjahr, ja gelinde gesagt, bis jetzt ein Flop war, also wie gesagt, ich glaube, dass man die Dreistelligkeit der Bürgerinnen und Bürger, die dieses Sozialjahr machen wollen, nicht erreicht hat und ich fürchte halt, und da glaube ich, dass man ein bisschen merkt, man merkt die Absicht und ist verstimmt, dass es hier darum geht, eine Basis zu legen, um dann dem Kollegen Hundstorfer die Möglichkeit, zu geben, noch vor der Abstimmung zu sagen, naja jetzt haben wir dann die Möglichkeit dieses freiwillige Sozialjahr auch gleich auszustatten wie den Zivildienst, vielleicht könnten wir dann doch sagen, naja wir brauchen eh keinen Zivildienst, wir können auf diesem Wege wieder Argumente gegen....wollt ihr weiterreden oder darf ich weiterreden...zumindest erwartet man die Höflichkeit der Antragstellerin, dass sie zuhört, was man sagt, ok? Soll ich wiederholen? Also zusammengefasst noch einmal, wir sind gegen die Dringlichkeit und wir sind auch gegen den Inhalt, weil wir eben glauben, dass es hier so Art eine kalte Enteignung stattfindet und wir auf jeden Fall die Volksabstimmung am 20. Jänner nächsten Jahres abwarten wollen, die wir aus meiner Sicht heute sicher gewinnen werden. Danke (*Applaus FPÖ*).

GR.<sup>in</sup> **Haas-Wippel**: Ja Folgendes ist schon zu sagen, dass das freiwillige soziale Jahr ja was anderes ist, als was dann geplant ist. Und es gibt sehr viele Kolleginnen und auch Kollegen, die bereits dieses freiwillige soziale Jahr in der alten Form geleistet haben und für die ist es wichtig, dass diese Vordienstzeiten anerkannt werden (*Applaus SPÖ*).

*Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit angenommen.*

*Der Antrag wurde mit Mehrheit angenommen.*

*Bürgermeisterstellvertreterin Rücker übernimmt um 19.20 Uhr den Vorsitz.*

**3) Einbeziehung der LiebenauerInnen und der relevanten Stakeholder in die Erarbeitung einer modernden Oberflächengestaltung der Liebenauer Hauptstraße**

GR.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> **Pavlovec-Meixner** und GR. **Dreisiebner** stellen folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> **Pavlovec-Meixner**: Liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Gäste! In meinem dringlichen Antrag geht es um die Liebenauer Hauptstraße und auch um das Murfeld und um einen BürgerInnenbeteiligungsprozess. Wir haben ja vor einigen Monaten das Projekt Südgürtel beschlossen, das derzeit eben im Bau ist, und durch dieses Großprojekt soll es auch zu einer Verkehrsberuhigung kommen in der Liebenauer Hauptstraße und auch im Murfeld, also zu einer deutlichen Entlastung der Wohnviertel und der Wohnbevölkerung im Grazer Süden. Die meisten von Ihnen kennen die Situation vor Ort, sie ist wirklich dramatisch. Mittlerweile ist es so, dass kaum mehr Menschen direkt an der Liebenauer Hauptstraße wohnen, die alten Häuser, die es dort gab, sind eigentlich Lärmschutzhäuser geworden und viele Leute haben hinter diesen Häusern noch einmal gebaut, um überhaupt dort leben zu können aufgrund der

Verkehrsbelastung. Mit der Herausnahme dieser Straße aus dem übergeordneten Straßennetz entsteht eine neue Chance, dem Bezirk Liebenau sein Ortszentrum wieder zurückzugeben und aus der reinen Verkehrsmaschine, wie wir sie derzeit vor uns haben, eine qualitätsvolle Lebensader für die Bevölkerung zu gestalten. Mehr Lebensqualität ist sicher auch im Murfeld möglich. Statt des vollgestopften Straßenraumes wird es in Zukunft eine Aufenthaltsqualität geben, einen sozialen Lebensraum, und es wird auch möglich sein, wieder mehr Wirtschaftsbetriebe dort anzusiedeln im Sinne einer Stadt der kurzen Weg, sodass das Gebiet als Ganzes neu erblühen kann. Dieser Prozess kann natürlich nicht ohne frühzeitige und umfassende Einbindung der Bevölkerung, der Gewerbetreibenden, des Liebenauer Bezirksrates usw. gelingen. Dafür bedarf es einer stadtplanerischen Vorleistung ebenso wie einer verkehrsplanerischen Konzeption. Und dafür braucht es natürlich ein eigenes Modell für die Form der BürgerInnenbeteiligung. Wie Sie wissen, soll mit 2016 der Südgürtel in Betrieb gehen und aus unserer Sicht ist es daher sehr wichtig und dringlich und sehr bald zu leisten, dass man mit der Bevölkerung gemeinsam die Neugestaltung der Liebenauer Hauptstraße und auch Neugestaltungen für mehr Lebensqualität im Murfeld bespricht.

In diesem Sinne stellen wir, also mein Kollege Karl Dreisiebner und ich, namens des grünen Gemeinderatsklubs folgenden

### **dringlichen Antrag:**

Der Gemeinderat der Stadt Graz bekennt sich dazu, dass für die neue Oberflächengestaltung der Liebenauer Hauptstraße ein breit angelegtes BürgerInnenbeteiligungsverfahren durchzuführen ist.



Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl als Referent für Stadtplanung und BürgerInnenbeteiligung beziehungsweise sein/seine NachfolgerIn in dieser Funktion wird beauftragt, bis spätestens April 2013 ein geeignetes Konzept für ein breit angelegtes Beteiligungsmodell für eine neue und moderne Oberflächengestaltung in der Liebenauer Hauptstraße sowie entsprechende stadtplanerische Varianten als erste Grundkonzeption für die Liebenauer Hauptstraße vorzulegen. Ich bitte um Annahme (*Applaus Grüne*).

GR. **Müller** zur Dringlichkeit: Frau Vizebürgermeisterin, werte Kolleginnen und Kollegen vom Gemeinderat! Dieser dringliche Antrag ist ja recht schön formuliert, aber irgendwie scheint die Zeitachse nicht korrekt zu sein. Wenn man den dringlichen Antrag lesen würde und den Inhalt vom Motivenbericht sich genau durchliest, dann stimmt irgendwas nicht, weil die Dringlichkeit bei weitem nicht gegeben ist, weil seit 18. September bereits ein entsprechender Vergabeauftrag von der zuständigen Fachabteilung erfolgt ist und ein zweistufiges Verfahren bereits ausgeschrieben und zur Vergabe gelangt ist. Ich meine aber, dass trotzdem das Stück selber vom Inhalt durchaus eine Wertigkeit findet in einem BürgerInnenverfahren, und damit man den Raum zwischen der Murbrücke, sprich der Puntigamer Brücke über die Puntigamer Straße, Liebenauer Hauptstraße entsprechend gestaltet, das Verfahren ist ja bereits ausgeschrieben, aber letztendlich geht es dabei nicht überwiegend um das Murfeld, sondern um den Bereich Engelsdorf in Liebenau. Daher meine ich auch, dass das Verfahren, das derzeit ausgeschrieben ist, dieses zweistufige Verfahren durchaus den ersten Schritt hat, über das Verkehrsverfahren generell im Bereich zwischen Puntigamer Murbrücke und der Autobahn A2 gibt es ein entsprechendes Begleitverfahren vom Verkehr plus bereits über diese verkehrsberuhigenden Maßnahmen. Daher denke ich, dass das Stück auf keinen Fall dringlich ist, jedoch vom Inhalt durchaus unterstützt werden kann. Es gilt einfach, jetzt das ausgeschriebene Verfahren abzuwarten. Sollte es weiteren Bedarf benötigen, sollte dies vom nächsten

Gemeinderat auch entsprechend berücksichtigt und vorangetrieben werden. Daher werden wir der Dringlichkeit nicht zustimmen, sehr wohl aber dem Inhalt (*Applaus ÖVP*).

GR.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> **Pavlovec-Meixner**: Sehr geehrter Gemeinderat! Selbstverständlich ist uns bekannt, dass seitens der Stadtbaudirektion ein entsprechender Auftrag vergeben wurde. Ich muss Ihnen nur ehrlich sagen, ich habe mir das ganz genau angeschaut, es geht dabei um drei Bereiche, nämlich Stadion bis Liebenauer Gürtel, Liebenauer Gürtel bis A2 und Puntigamer Straße bis Casalgasse. Diese Bürgerbeteiligung ist in diesem Auftrag mit insgesamt 9.500 Euro dotiert. Also ich glaube nicht, dass man für so eine große Fläche, für so ein umfangreiches Gebiet und Thema um 9.500 Euro eine wirkliche BürgerInnenbeteiligung machen kann. Meiner Meinung nach ist das, was da stattfinden soll, eine SchmalspurbürgerInnenbeteiligung, die darin besteht, dass man eine Befragung macht, eine Ausstellung und dann mit unmittelbar Betroffenen drei Workshops, um, wie gesagt, 9.500 Euro, das ist nicht das, was wir Grüne, und ich glaube, auch die anderen Fraktionen, die hier im Gemeinderat sind, unter BürgerInnenbeteiligung verstehen (*Applaus Grüne*).

***Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit angenommen.***

Bgm.-Stv.<sup>in</sup> **Rücker** zum Antrag: Es gab längere Diskussionen auch darüber und wir wollten von Anfang an etwas größere...im Kopf gehabt, hat rechtzeitig beginnen, zum Beispiel in der Annenstraße haben wir ein paar Jahre im Vorfeld gearbeitet, um eben eine Dimension dort miteinzubeziehen, dass man wirklich eine umfassende gute Bearbeitung macht, weil da geht es ja nicht um einen unwesentlichen Bereich in der

Liebenauer Hauptstraße, wie sie jetzt funktioniert, ganz neu zu denken. Das heißt, das was hier vorgelegt wurde, was du jetzt mir aufgezeigt hast, ist wirklich eine relativ kleine Variante von etwas, was wesentlich rechtzeitiger und umfassender angegangen werden sollte. Insofern denke ich mir, dass dieser Antrag seinen Sinn macht.

***Der Antrag wurde einstimmig angenommen.***

#### **4) Lärmschutz im Herbst erhöhen**

GR. **Schneider** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. **Schneider**: Sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin! Wir erkennen alle den Herbst, die Blätter der Laubbäume fallen von den Bäumen, man riecht, dass die Heizungen eingeschaltet werden in Graz, also man nimmt quasi mit allen Sinnen den Herbst wahr, auch per Audio, weil es plötzlich mit ziemlich viel Lärm losgeht und diese Laubbläser eingesetzt werden, um Wege meistens freizumachen.

Die Laubbläser, und zwar in erster Linie die verbrennungsmotorbetriebenen, sind so laut, dass natürlich die Betreiber dieser Laubbläser dazu angehalten sind, einen Gehörschutz zu tragen. Das hilft jetzt allen Leuten, die davon betroffen sind, nicht sehr. Besonders schlimm ist es auch in Siedlungen, wo der Innenhof gereinigt wird, wo noch dazu mehrstöckig höhere Mauern sind, dort hört man das ziemlich laut und das geht (*Die Vorsitzende läutet mit der Ordnungsglocke*) auch schon mal eine Stunde lang so dahin. Nicht zu reden davon, dass andere Immissionen auch auftreten neben dem Lärm, der ist das Hauptproblem. Aber es sind natürlich auch Abgase und es wird auch Staub ziemlich aufgewirbelt.

Zu den verbrennungsmotorgetriebenen Laubbläsern gibt es gute Alternativen. Es gibt nämlich welche, die elektrisch betrieben sind und es gibt die Möglichkeit, wie ich viele Jahre schon erprobt habe, nämlich mit Besen und Laubrechen das Laub von den Wegen und auch aus der Wiese zu entfernen (*Applaus Grüne*). Es ist sogar sehr fraglich, wie viel Arbeitserleichterung beziehungsweise Arbeitszeiteinsparung durch diese Blasegeräte überhaupt erreichbar ist. Eigentlich tut man sie ja nur von der einen Seite auf die andere. Jedenfalls wir wollen nicht nur die Grazerinnen und Grazer, die aber ganz besonders, von dieser herbstlichen Lärmbelästigung befreien, deswegen stellen wir diesen

### **dringlichen Antrag,**

dass der Grazer Gemeinderat beschließen möge, das ist eine Premiere für mich, das ist die erste Petition, die ich per dringlichen Antrag hier einbringe, jedenfalls an den Landesgesetzgeber herantritt und eine Änderung der entsprechenden gesetzlichen Normen, das Baugesetz, das Immissionsschutzgesetz, das Raumordnungsgesetz kommen da in Frage, zu ändern, um den Betrieb von verbrennungsmotorgetriebenen Laubbläsern in bebautem Gebiet künftig zu verhindern. Zweitens: Der Gemeindeumweltausschuss sowie der Verfassungsausschuss befassen sich bis Ende März 2013 mit den diesbezüglichen Möglichkeiten, auch in Graz können wir was tun zur Verschärfung der Grazer Immissionsschutzverordnung und drittens, wir wollen als Stadt hier auch mit gutem Beispiel vorangehen, auch die Stadt Graz hat solche Geräte natürlich in Betrieb, dass wir den Herrn Beteiligungsstadtrat hier auffordern, in seiner Funktion tätig zu werden, mit den stadteigenen Betrieben, insbesondere der Holding Graz und der GBG, Gespräche zu führen, welche Alternativen zum Einsatz von verbrennungsmotorgetriebenen Laubbläsern bestehen. Ich bitte um Annahme (*Applaus Grüne*).

GR. Mag. **Mariacher** zur Dringlichkeit: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich erachte das Thema insofern als nicht dringend, weil hier aus dem Antragstext die Punkte 1 und 3 aus meiner Sicht widersprüchlich sind. Im Punkt 1 wird bereits ein Verhindern sprich in dem Sinne ein Verbot des Landes gefordert, entsprechende verbrennungsmotorgetriebene Laubbläser einzusetzen. In Punkt 3 gibt man sich aber in dem Sinn unwissend und fragt, welche Alternativen eigentlich zum Einsatz überhaupt bestehen. Aus meiner Sicht ein erträglicher Widerspruch, auch ist jetzt in der Wortmeldung vom Kollegen Schneider ein ganz ein wichtiges Thema eigentlich angeschnitten worden, aber keiner Lösung zugefügt worden (*Die Vorsitzende läutet mit der Ordnungsglocke*). Was ist, wenn man sozusagen das nicht verwendet und wie er gemeint hat sozusagen zu Rechen und Besen wieder zurückkehrt, wer zahlt denn das? Die Stadt Graz wird das wahrscheinlich in ihren Parkanlagen nicht machen, weil wir das Personal nicht haben, die Eigentümer werden es wahrscheinlich in ihren Höfen auch nicht machen, wie soll das ausschauen? Das Einzige, was mir vorschwebt, ist, dass natürlich in Siedlungen, wo Hausverwaltungen usw. tätig werden, dass man das in den Ausschreibungstext reinnimmt, dass das sozusagen Wunsch ist, dass das geboten ist, elektrische Gebläse einzusetzen, um hier zwei Fliegen mit einer Klappe zu schlagen, den Lärm möglichst zu reduzieren und zweitens die Kosten in Zaum zu halten. Alles andere ist Unfug, weil das kann keiner zahlen. Danke.

GR. Mag. **Frölich**: Frau Vizebürgermeisterin, hoher Gemeinderat! Es ist schon wichtig, dass man festhält, was im Herbst da stattfindet. Wenn man mit der Holding spricht, da sind unheimliche Flächen, die zu reinigen sind. Nasses Laub ist eine Herausforderung und wenn man sich anschaut, heute um 6.30 Uhr in der Früh am Geidorfgürtel das gesamte Umfeld des Resowi, dort sind sieben Leute mit Rechen, mit Schaufeln, auch den beliebten Besen, aber auch mit schwerem Gerät im Einsatz. Dort sind nicht nur Laubbläser im Einsatz, dort sind Riesensauger im Einsatz etc., der Spuk dauert zehn Minuten und in zehn Minuten ist er dann vorbei und dann ist aber

auch gewährleistet, dass das eintritt, wofür die Holding auch uns gegenüber verpflichtet ist, nämlich, dass die Wege und die Radwege befreit sind von schlüpfrigem Laub, und wenn man den Stadtpark entlang dann über die Radwege hereinfährt, die sind hervorragend gereinigt vom herabfallenden Laub. Ich erwähne auch die Hochwassersituation der vergangenen Tage, wo wir unzählige Gullys und unzählige Kanalgitter gesehen haben, die mit Laubbergen verstopft gewesen wären, teilweise war es auch der Fall, weil lückenlos ist das natürlich nicht wegzubringen. Also diese unheimlichen Flächen, die unsere Holding da reinigen muss, sind nicht anders zu säubern, dieses Falllaub tritt ein bis zwei Monate im Jahr auf. Das heißt, eine händische Laubentfernung hat natürlich eine gewisse Romantik, das gestehe ich dir zu, es ist lustig, wenn man in einem 1000-m<sup>2</sup>-Garten oder in einem 500-m<sup>2</sup>-Garten mit dem Laubrechen den Samstag-Nachmittag verbringt, ist also für die Holding und deren Verpflichtung, für saubere Wege und Radwege und Gehsteige zu sorgen, nicht zu machen. Die Geräte werden immer leiser, die Geräte werden immer leistungsfähiger, was Akkus betrifft, dort wird sich vielen tun, wir beobachten es ja auch bei anderen Gerätschaften. Für uns ist daher hier die Dringlichkeit nicht gegeben. Danke (*Applaus ÖVP*).

GR. **Schneider**: Ja, der Kollege Mariacher hat nicht ganz Unrecht, dass da ein kleiner Widerspruch drinnen ist, das Problem ist aber ein verfahrensrechtliches, weil wir ja, das haben wir über die letzten Perioden irgendwie geschafft, als Gemeinderat keinen direkten Zugriff auf die ausgelagerten Betriebe mehr haben. Deswegen muss man das so formulieren. Gemeint ist natürlich, und dazu stehe ich, dass auch die Holding und die GBG aufhören soll damit, diese Dinge zu verwenden, ganz einfach. Dankesehr (*Applaus Grüne*).

***Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit abgelehnt.***

*Die Vorsitzende erklärt, der dringliche Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.*

## **5) Petition – negative Auswirkungen des Landesbudgets 2013 bis 2014 auf die Stadt Graz**

GR.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> **Taberhofer** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> **Taberhofer**: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Mein dringlicher Antrag ist eine Petition und bezieht sich auf die negativen Auswirkungen des Landesbudgets 2013 bis 2014 auf die Stadt Graz. Der Belastungskurs, den SPÖ und ÖVP auf Landesebene durchführen, hat negative Auswirkungen auf Graz und auf die Bewohner und Bewohnerinnen der Landeshauptstadt. Schon das Doppelbudget 2011/2012 hat mit der Kürzung der Wohnbeihilfe des Landes, dem Aus für den Gratiskindergarten, der Wiedereinführung des Pflegeregresses und Kürzungen im Kulturbereich schwere Belastungen gebracht, die von der Stadt nicht aufgefangen werden konnten.

Das Doppelbudget 2013 soll eine Weiterführung und Verschärfung dieses Kurses bringen.

Beispielhaft dafür seien genannt:

- Nach den drastischen Kürzungen des Vorjahres werden vor allem im Behinderten- und Jugendwohlfahrtsbereich erneut 17,5 Millionen Euro gestrichen.
- Im Bildungs-, Jugend- und Familienressort gibt es Kürzungen im Ausmaß von 23 Millionen Euro.

- Die Kürzungen bei den Kultureinrichtungen gehen weiter. Die Kürzungen bei Theaterholding und Joanneum betragen 100.000 Euro beziehungsweise 500.000 Euro.
- Das Budget für Wohnbauförderungen wird um weitere € 8,3 Millionen verkleinert. Dazu kommt noch die Streichung von 17 Millionen Euro an Landesgeldern (*Die Vorsitzende läutet mit der Ordnungsglocke*) für Wohnungssanierungen.
- Die Landesförderung für Elektroautos wird gestrichen, andere Umweltförderungen wie auch die Fördersätze des Landes für Photovoltaik-Anlagen werden drastisch gekürzt.
- Die Privatisierung des LKH-West und andere Maßnahmen im Gesundheitssektor sollen zur Streichung von über 450 Spitalsbetten führen.

Das Doppelbudget ist vom Landtag noch nicht beschlossen worden. Deshalb ist es sinnvoll, dass die Stadt Graz sich mit einem Appell an die Landesgesetzgeber wendet. Die Landtagsabgeordneten haben es in der Hand, den von der Landesregierung vorgelegten Entwurf noch zu verändern.

Namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs stelle ich deshalb folgenden

### **d r i n g l i c h e n   A n t r a g :**

Der Grazer Gemeinderat appelliert an den Landtag Steiermark, die im Motivenbericht beschriebenen Kürzungen und Streichungen, die auch zu Lasten der Stadt Graz und ihrer Bewohnerinnen und Bewohner gehen, im Landesbudget 2013/2014 nicht vorzunehmen. Ich würde mir eine Annahme wünschen (*Applaus KPÖ*).



GR. **Rajakovics** zur Dringlichkeit: Uli, ich kenne dein Engagement insgesamt. Trotz allem ist der Antrag extrem oberflächlich deshalb, weil wenn man ein bisschen auch in den Süden, Osten von Österreich, von der Steiermark schaut, dann sieht man, wie es in Ungarn, wie es in Slowenien, wie es in Italien, wie es zugeht, wenn Länder nicht rechtzeitig auch darauf schauen, dass sie nur die Mittel ausgeben, die sie tatsächlich haben. Das heißt, am Sparen führt kein Weg vorbei, und das Land macht in Wirklichkeit das, was die Stadt Graz über zehn Jahre, 15 Jahre, in den letzten drei Perioden auch gemacht hat, vielleicht auf eine andere Art und Weise, vielleicht etwas schneller, aber am Sparen und am Zurücknehmen von Leistungen führt kein Weg vorbei, weil sonst fahren wir das Budget, auch im Land, an die Wand. Das kann keiner wollen, weil dann sind es andere, nämlich Banken etc., die einfordern, was alles zu kürzen ist und wir sehen, wie die Griechen darunter leiden, wenn andere über dich bestimmen. Deshalb sind wir natürlich dafür, dass das Land Einsparungen vornimmt. Eine Debatte darüber, wo sie am besten sind, möchte ich nicht hier im Gemeinderat führen, aber nur eine Petition zu schicken, irgendwelche Punkte jetzt nicht zu erfüllen, ohne zu sagen, wo man dann das einsparen sollte die notwendigen Millionen, dafür steht die ÖVP nicht zur Verfügung (*Applaus ÖVP*).

GR.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> **Taberhofer**: Es war mir natürlich klar, dass diese Haltung hier eingebracht wird. Wir haben natürlich auch einen anderen Zugang, wir gehen davon aus, also Sparen da muss man sehr vorsichtig sein, aber man kann ja auch einnahmenseitig das Budget verändern und es geht auch um Umverteilung und ich denke, ein weiterer drastischer Einschnitt wird noch die Probleme stärker verschärfen und wir haben gesehen, die Volksanwaltschaft hat am 30. Oktober ihren Bericht der Landesregierung vorgelegt und sie haben ganz viele Kritikpunkte aufgrund massiver Verschlechterungen in den verschiedensten Bereichen und ich denke, dass das irgendwie ein Nachdenken und Veränderungen in der Politik nach sich ziehen müsste und sollte und deshalb würde ich mich über eine Annahme freuen. Damit ist natürlich

klar, dass das nicht möglich ist, aber vielleicht gibt es längerfristig eine Änderung (*Applaus KPÖ*).

***Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit abgelehnt.***

***Die Vorsitzende erklärt, der dringliche Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.***

## **6) Ausnahme von der Mautpflicht**

GR. Mag. **Sippel** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. Mag. **Sippel**: Frau Vorsitzende! Dieser dringliche Antrag ist ein weiteres Mosaiksteinchen zur Verbesserung des städtischen Verkehrs, zur Entlastung des städtischen Verkehrs, es handelt sich um eine Petition an das Verkehrsministerium. Es geht darum, den Pkw-Verkehr, aber auch auf Wunsch, die SPÖ hat das hineinmoniert zu Recht, danke dafür, den Lkw-Verkehr, den Berufsverkehr und auch dank der Grünen, hineingenommen, aufgenommen in den Antrag, den Schwerverkehr in gewissen Bereichen auf die Autobahnen, die um Graz herum angelegt sind, zu bringen und damit den städtischen Verkehr zu entlasten. Es ist ja so, dass ungefähr 350.000 Fahrten oder 350.000 Lkw und Pkw die Stadtgrenzen täglich passieren und damit ist die Stadt in Wirklichkeit an ihre Grenzen, an ihre Kapazitätsgrenzen auch gestoßen. Und das wäre eine weitere Maßnahme, um hier entlastend tätig zu werden, indem man eben die Pkw und Lkw von der Mautpflicht, von der Vignettenpflicht oder auch von der kilometerabhängigen Maut entbindet. Folgende Autobahnteilstücke sind hier zu berücksichtigen, das ist die A2 im Abschnitt

zwischen Knoten Graz-Ost und Knoten Graz-West, der Autobahnzubringer Graz-Ost sowie die A9 zwischen dem Knoten Graz-West und der Anschlussstelle Gratkorn Süd.

Deshalb stelle ich namens des freiheitlichen Gemeinderatsklubs nachfolgenden

### **dringlicher Antrag:**

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Herr Bürgermeister Nagl wird höflich ersucht, namens des Gemeinderates der Stadt Graz auf dem Petitionswege an den Bundesgesetzgeber heranzutreten, das Bundesstraßen-Mautgesetz im Sinne des Motivenberichts von der Mautpflicht für, ich will jetzt nicht das Ganze wieder vorlesen, von der Mautpflicht für Pendler-, Berufs- und Schwerverkehr auszunehmen. Ich danke (*Applaus FPÖ*).

GR.<sup>in</sup> **Schloffer** zur Dringlichkeit: Herr Antragsteller, Herr Sippel! Wir werden dem Antrag und dem Inhalt natürlich zustimmen. Ich habe, ich weiß nicht, ob Sie das gesehen haben, am 10. Mai des Jahres einen Antrag gestellt, eben mit dem Betreff „Autobahnstrecken in und um das Stadtgebiet von Vignettenpflicht zu befreien“. Ich habe schon eine Antwort bekommen, weil ich habe das Problem schon erkannt, ohne dass ich mich mit der TU in Verbindung gesetzt habe, mit dem Herrn Kurt Fallast, und ich habe die Antwort schon da, aber ich zeige sie nicht her. Ich möchte vergleichen. Aber, Herr Sippel, Sie haben ja im Bund, was ich nicht habe, eine schlagkräftige Partei hinter sich, wobei ich sehr hoffe, dass die das weiterbringen können und mit der Asfinag Gespräche führen und sich für die Steirer oder für unser Grazer Verkehrsproblem, Feinstaub, etc., einsetzen. Ich möchte Sie nur bitten, wenn Sie die Antwort gekriegt haben, tun wir dann vergleichen, wie Ihre aussieht und wie meine

ausschaut und dann schauen wir, was wir noch weiter machen können miteinander. Also wir Zwei nicht mehr, aber die KPÖ bleibt eh weiterhin da, ist ja nicht, dass die verschwinden jetzt dann (*Applaus KPÖ*). Das zum Antrag. Liebe Lisa, darf ich kurz persönlich etwas sagen. Ich möchte mich bei Ihnen bedanken für die letzten drei, zwei, eine Periode der Zusammenarbeit, mit dem einen länger, mit den anderen nicht so lange, mit manche halt besser zusammengearbeitet, mit den anderen nicht, natürlich eine Sympathiegeschichte. Ich bedanke mich, dass Sie mich so akzeptiert haben, wie ich bin, manche haben mich nicht so akzeptiert, aber ich habe immer einen Rucksack gehabt, wenn ich außer Haus gegangen bin und da habe ich viel eingesteckt, ich habe viel einstecken müssen, aber tu ich auch in Zukunft. Ich möchte Ihnen allen weiterhin alles Liebe und Gute wünschen, die da herinnen noch bleiben, den anderen, die auch den Hut draufhauen so wie ich, wünsche ich auch alles Gute ab und zu werden wir uns ja bei verschiedenen Anlässen und Veranstaltungen noch weiterhin treffen und sehen und auch ein bisschen zusammenarbeiten und ich bin froh, dass ich es hinter mir habe (*allgemeiner Applaus*), danke. Ich habe was vergessen. Bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, bei den Beamtinnen und Beamten des Magistrates möchte ich mich auch herzlichst bedanken, sie haben mich in vielen Sachen unterstützt, ich habe überall anklopfen können, die haben mich nicht hinausgeschmissen. Ja, aber das braucht man auch, also noch einmal herzlichen Dank für die Unterstützung und Zusammenarbeit. Alles Gute (*allgemeiner Applaus*).

Bgm.-Stv.<sup>in</sup> **Rücker**: Liebe Gerti, du wirst uns allen sicherlich in lebendigster Erinnerung bleiben, dafür ist sicher gesorgt, ich danke dir. Sicher in positiver Form.

GR. **Mayr**: Frau Vizebürgermeisterin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe da auch einen Antrag mit, der ist schon ein bisschen älter, 2005 von einem Herrn

Gemeinderat Mayr, nahezu wortgleicher Antrag und jetzt, um ein bisschen in die Zeithistorie zurückzuschauen, wer war denn damals im März, lieber Kollege Armin, weißt du, wer damals im März 2005 Verkehrsminister war, kannst du dich noch dunkel erinnern? Du liegst nicht ganz richtig, es war ein Blauer definitiv, weil die Orangen, die sind erst im Mai gegründet worden, das war damals noch der März und das war ein Blauer. 17.3. war sicher ein Blauer, Hubert Gorbach war das damals, und zu dem Zeitpunkt, glaube ich, waren auch ein paar in der Asfinag-Führung möglicherweise auch so blau/orange, würde ich nicht ausschließen. Auf jeden Fall waren wir uns damals auch einig, einstimmig, das werden wir auch diesmal wieder sein. Ich kündige sozusagen die Zustimmung der ÖVP auch dazu an. Naja, wir haben uns da jetzt in den letzten sieben Jahren bei dem Thema ein bisschen die Zähne ausgebissen, aber ich bin zuversichtlich, du sagst ja, der Bürgermeister soll wieder einen Brief schreiben. Ich weiß nicht, ob der Herr Landesrat Kurzmann auch schon probiert hat, einen Brief zu schreiben bei diesem Thema. Wir werden es wieder probieren, wir werden dranbleiben, ich habe damals die Idee natürlich auch nicht wirklich neu erfunden, sondern das war ein Thema, das alle Landeshauptstädte beschäftigt hat, Salzburg natürlich in erster Linie, Wien natürlich auch, Linz natürlich, dort wären auch die Autobahnringe noch effektiver für das Thema selbst. Schauen wir diesmal, was herauskommt. In diesem Sinne Zustimmung der ÖVP (*Applaus ÖVP und KPÖ*).

GR. Mag. **Sippel**: Also es zeichnet sich eine breite Mehrheit ab. Dafür danke, ich glaube, es ist wichtig, hartnäckig zu bleiben, ich hoffe, wir können das einmal dann vergleichen. Es würde mich interessieren, was drinnen steht, aber Sie verraten das nicht, ich schätze einmal, es wird einen Grund haben, warum nicht. Also momentan ist das Verkehrsministerium ein rotes und mal schauen, vielleicht kriegen wir da eine Antwort, eine positive Antwort. Wichtig ist, hartnäckig bleiben, es sind fast alle Fraktionen mit dieser Idee jetzt schon einmal drangewesen, wenn wir es wieder nicht

schaffen sollten, was ich nicht hoffe, ich hoffe wirklich, dass das einmal auch auf offene Türen stößt, dieser Vorschlag, dann wäre, glaube ich, noch eine Fraktion, die das nicht eingebracht hat, es wäre die SPÖ, also euch könnte ich dann empfehlen, das dann vielleicht in der nächsten Periode einzubringen, wenn es wieder nichts nutzt. Aber ich hoffe, dass es irgendwann einmal, nachdem das anscheinend das fünfte Schreiben des Gemeinderates ist, das in Wien ankommt, dass irgendwann einmal dem auch Gehör schenkt. Auf jeden Fall danke für die Zustimmung (*Applaus FPÖ*).

*Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.*

*Der Antrag wurde einstimmig angenommen.*

## **7) Dringliche Optimierung des Winterdienstes zur Minderung von Feinstaub**

GR. Mag. **Mariacher** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. Mag. **Mariacher**: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Nachdem erfolgreichen Briefschicken nach Wien kommen wir zu einem Bereich, wo wir selber wieder was machen können und zwar Optimierung des Winterdienstes zur Minderung des Feinstaubes. Das Thema Feinstaub beschäftigt uns ja die gesamte Periode, es sind auch zugegebenermaßen einige Erfolge, vor allem im Fernwärmeausbau, gelungen, aber das Thema ist auch zu einem politischen Instrument geworden, das ein bisschen als Hybris eingesetzt worden ist und ein ungustiöses Mäntelchen eigentlich über unsere Stadt Graz gehängt hat, was nicht erforderlich ist. Ich denke, wir sollten das machen, was möglich ist, es gibt zum Beispiel das EU-Life-Projekt CMA, in dem renommierte Städte wie das Südtiroler Bruneck, Osttiroler Lienz und die Stadt

Klagenfurt sich seit Jahren engagieren, die Stadt Graz nur am Rande, und unterstützt das ganze Projekt wird auch durch unsere TU Graz, auf die wir eigentlich sehr stolz sein können. Und dort wurde ein Konzept entwickelt, wie man auch im Straßenverkehr, und da hat es eigentlich immer ein Scheitern gegeben, im Straßenverkehr etwas gegen den Feinstaub machen können, nämlich durch Feinstaubbinder, durch Calcium-Magnesium Azetat dem Wasser beizumischen und damit versuchen, den bodennahen Feinstaub wirklich deutlich zu verringern. Und Zwischenergebnisse zeigen, dass hier sehr, sehr viel bereits gelungen ist und bereits die Mischungen in der Konsistenz sozusagen verändert werden konnten auch zum Positiven, dass man weniger Feinstaubbinder einsetzt, als das anfangs notwendig war. Ich denke, es ist höchst an der Zeit, sich mit diesem Thema auch in Graz zu beschäftigen und wirklich diesen Titel, der mir überhaupt nicht gefallen hat, dieser Feinstaubhochburg Graz wirklich loszuwerden und hier wirklich den BürgerInnen auch klarzumachen, dass wir bereit sind, hier wirklich eigenständig, aus Eigenem heraus Akzente zu setzen und unsere Position gegenüber den genannten anderen Städten wirklich zu verbessern und aufzuholen. Wir dürfen nicht vergessen, Lienz hat eine ähnlich topographische Kessellage wie Graz, also da müssten eigentlich positive Synergieeffekte machbar sein.

Ich stelle daher als unabhängiger Gemeinderat folgenden

### **dringlichen Antrag:**

Der Gemeinderat der Stadt Graz möge Herrn Bürgermeister Mag. Nagl dringlich ersuchen, baldigst einen unter seiner persönlichen Leitung zu begründenden „runden Tisch“ zum Thema Feinstaub einzuberufen, um den leider geradezu offensichtlichen groben Unzulänglichkeiten und weit gefassten Ineffizienzen in der unsere BürgerInnen belastenden Feinstaubthematik beizukommen.

An diesem „runden Tisch“ sollen insbesondere Fachleute der Stadt Graz und seiner Beteiligungen, der TU-Graz, kommunale Vertreter des EU-Life-Projektes CMA sowie alle Klubobleute der im Grazer Gemeinderat vertretenen Parteien teilnehmen, und natürlich auch politische und fachliche Vertreter des Landes Steiermark willkommen sein.

Ich bitte um Unterstützung. Bedanke mich bei all jenen, die diesen Antrag unterstützen und möchte mich auch in persönlicher Weise am Ende der Funktionsperiode bei allen bedanken, die mich begleitet haben, von denen ich auch in der ganzen Periode viel gelernt habe und auch bei den Beamten, die mich wirklich auch tatkräftig mit Informationen unterstützt haben und es ist einmal eine Pause, die ich mir selber gönne nach 11 Jahren Kommunalpolitik, und wir werden sehen, wie es weitergeht. Ich bedanke mich (*allgemeiner Applaus*).

***Bürgermeister Mag. Nagl übernimmt um 19.55 Uhr den Vorsitz.***

Bgm.-Stv.<sup>in</sup> **Rücker** zur Dringlichkeit: Eine kurze Antwort, Herr Gemeinderat. Heute haben wir schon das zweite Mal das selbe Erlebnis, dass nämlich diese Anfrage mir schon sehr bekannt vorkommt, die müssen Sie vor ein paar Jahren auch schon einmal gestellt haben. Die Antwort war damals schon ähnlich, aber es gibt inzwischen auch neuere Ergebnisse, die ich kurz berichten kann. Also die Stadt Graz hat sich mit CMA schon beschäftigt unter meiner VorgängerInnenschaft und der Frau Monogioudis, VorgängerInnenschaft ja, da fällt mir nichts Besseres ein jetzt so schnell. Damals wurde schon festgestellt, dass bei Überprüfung diese CMA-Maßnahmen nicht das gewünschte Ergebnis bringen. Inzwischen gab es auch einen sehr großen Kongress, bei dem auch das Umweltamt vertreten war, nämlich am 30. September bis zum 1. Oktober 2010 in Lienz und da wurden die unterschiedlichen Ergebnisse präsentiert



und gerade zu Lienz wundert es mich, was Sie hier berichten, weil auf einer Präsentation, das dort vorgebracht wurde, das auch von der TU präsentiert wurde, steht bei Lienz „no significant difference und no effect on CMA“, das heißt, es wurde damals als eine der Städte gezeigt, das eben nichts herausgekommen ist in Bruneck, in Klagenfurt ähnlich, auch in Stuttgart wurde überprüft, auch dort sind die Ergebnisse eben nicht signifikant. Es ist eine Lösung, die am End of the pipe“, das heißt, am Ende ansetzt und nicht bei den Verursachern, Ende der Fahnenstange, genau. Es gibt in Graz das fünfte Maßnahmenprogramm nach den anderen, es wurde dieses hier beschlossen, es wurden viele Maßnahmen umgesetzt. Es gibt auch die „runden Tische“, die Sie einfordern, immer wieder einfordern. Gerade zuletzt gab es im Mai einen runden Tisch mit Vertretern der Stadt Graz, des Landes Steiermark, der Med.-Uni Wien, des Umweltbundesamtes, Technikern. Es gab jetzt vor kurzem eine Veranstaltung im Gesundheitszentrum, im Geriatriischen Gesundheitszentrum, auch hier waren Fachleute aus internationalem Kontext, aber eben auch aus unserem eigenen Fachleutebereich und alle kommen immer wieder zum selben Ergebnis, es geht um den Ansatz bei den Verursachern. Das eine ist der Bereich der Wärme, beim differenzierten Winterdienst etc., aber es geht eben leider auch um den Verkehr und wenn man dort nicht hingreift und immer wieder versucht auszuweichen, dass wir diesem Thema uns stellen, dann werden wir nicht viel weiterkommen. Das muss ich einfach noch einmal anmerken, deswegen ist der Dringlichkeit nicht stattzugeben.

GR. Mag. **Mariacher**: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin! Es ist wirklich auch für uns ein Déjà-vus-Erlebnis, dass sowohl in der Thematik, die ich heute in der Fragestunde gestellt habe, wo es um die Sensoren gegangen ist bei Verkehrsübergängen, bei Zebrastreifen, wo man einerseits dem Fußgänger hilft, andererseits aber auch den Lenker/Lenkerinnen in den Pkw, um darauf schneller aufmerksam zu werden und wirklich bremsbereiter zu fahren, um wirklich schneller abbremsen zu können, wo Sie auch auf der Homepage der Stadt Graz ersichtlich

einen Verkehrsunfall als Argument herangeführt haben, warum Sie gegen eine Fortsetzung dieses Projektes sind, wie gesagt, ein alkoholisierte Lenker, der einen Fußgänger niedergefahren hat und auch zwei Kinder verletzt hat, wo das sicher in jeder anderen Situation in der Stadt Graz genauso passiert wäre und ursächlich mit den Gegebenheiten vor Ort nichts zu tun gehabt hat. Ähnlich hier in dieser Sache. Ich komme mir vor wie sehr viele, ich glaube auch von Kolleginnen und Kollegen, gerade von Oppositionsparteien, und den regierenden Parteien kann es in der nächsten oder übernächsten Periode auch immer genauso passieren, in einer Minderheitenposition zu sein, ich wünsche es ihnen nicht, aber vielleicht würde es der Demokratie auch einmal guttun, dass das Erlebnis einfach da ist, es kann nicht sein, was nicht sein darf, und in Ihrer Argumentation jetzt zu diesem Thema meines dringlichen Antrages führen Sie ja gerade auf, dass Sie eine Reservation haben, eine Mentalreservation, dass Sie gar nicht drauf hinschauen, was die Stadt Graz machen kann, sondern wiederum auf den Pkw-Lenker, auf den automobilen Verkehr einhauen, um zu sagen, dort ist ursächlich anzusetzen und das, was die Stadt Graz wirklich selber machen kann, das probieren wir gar nicht.

*Zwischenruf Bgm.-Stv.<sup>in</sup> Rücker: Ist ja geprüft worden.*

GR. Mag. **Mariacher**: Meine Sichtweise ist eine andere. Ich sage, wir sollten im eigensten Wirkungsbereich unbedingt Hand anlegen, das machen, was möglich ist, und über das andere können wir auch noch diskutieren, das ist kein Problem. Aber einfach dort wegzuschauen, was wir selber machen können, erscheint mir nicht der Zugang zu sein, den ich vertrete gestern, heute und morgen. Danke.

*Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit abgelehnt.*

*Der Bürgermeister erklärt, der dringliche Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.*